

1 **Antrag 133/II/2014**
2 **Jusos Berlin**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5 **Sofort handeln: Grundrecht auf Mobilität statt Haft**
6 „Schwarzfahren“ darf kein Straftatbestand mehr sein.
7 Wir fordern, diese progressive sozialdemokratische For-
8 derung wieder aufzugreifen. Nicht länger darf es krimi-
9 nalisiert werden, wenn Menschen ihr Recht auf Mobili-
10 tät trotz fehlender materieller Mittel -- diffamierend als
11 „Schwarzfahren“ bezeichnet -- in Anspruch nehmen.
12
13 **Haft wegen „Schwarzfahrens“ vergrößert die zugrun-**
14 **deliegenden Probleme**
15 Während Falschparken als eine Ordnungswidrigkeit be-
16 handelt wird, sitzen viele Menschen in Berliner Haft-
17 anstalten wegen „Schwarzfahrens“. In der Justizvoll-
18 zugsanstalt Plötzensee saß zeitweise jede*r Dritte sei-
19 ne (Ersatz-) Freiheitsstrafe ab, weil er*sie in der Regel
20 die Geldstrafe nicht begleichen konnte. Zur Resozialisa-
21 tion sind diese kurzen Haftzeiten ohnehin nicht geeig-
22 net. Die teure Haft löst daher kein Problem, sondern ver-
23 schärft sie!
24
25 **Strafrecht richtig verstehen**
26 Von der Strafbarkeit des Erschleichens von Leistungen
27 nach § 265a StGB muss der Bereich der öffentlichen Ver-
28 kehrsmittel ausgenommen werden. Außerdem können
29 weiterhin zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht
30 werden.
31 In sozialdemokratischer Tradition sollten geringste De-
32 likte entkriminalisiert werden. Viele Forderungen nach
33 höheren Strafen sollen nur von gesellschaftlichen Miss-
34 ständen ablenken. Soziale Ungleichheit darf nicht zur
35 Kriminalisierung genutzt werden. Das Strafrecht soll
36 stattdessen elementare Werte des Gemeinschaftsle-
37 bens schützen. Das „Schwarzfahren“ bedroht sie hinge-
38 gen nicht!
39 Die Bundestagsfraktion und das Land Berlin müssen
40 umgehend auf Bundesebene das Gesetz ändern lassen.
41 Dazu gehört es, die Allgemeinen Geschäftsbedingun-
42 gen (AGB) der Berliner Verkehrsbetriebe so zu ändern,
43 dass lediglich das „erhöhte Beförderungsentgelt“ erho-
44 ben wird und keine weiteren strafrechtlichen Maßnah-
45 men ergriffen werden.
46
47 **Mobilität für alle ermöglichen**
48 Weil wir ein Grundrecht auf Mobilität anerkennen, for-
49 dern wir, dass jede*r das Berliner Nahverkehrsnetz nut-
50 zen können muss. Dieser Anspruch ist noch -- trotz
51 „berlinpass“ -- nicht ausreichend erfüllt. Zudem ist der
52 Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) das Fortbewe-
53 gungssystem der Zukunft. Wir setzen uns deshalb für
54 Modelle ein, in denen die Kosten für den ÖPNV von der
55 Gemeinschaft entweder für alle oder für Personen, die
56 sie ihn sich sonst nicht leisten könnten, übernommen
57 werden. Nur müssen wir sofort anfangen, das Problem
58 anzugehen!

Vom Antragsteller zurückgezogen